

### Regelung der Währung und Ordnung der Finanzen.

Von Sektionschef i. R. Dr. Karl Schreiber.

Die hohe Dringlichkeit einer zielbewussten Lösung des Währungs- und Finanzproblems stand schon bisher fest; seit dem Bekanntwerden der radikalsten Aktion der tschecho-slowakischen Regierung hat sich die allgemeine Ueberzeugung verdichtet, daß auch in Deutsch-Österreich nun ein entscheidender Schritt gefahen muß, schon weil sonst die Gefahr einer weiteren Entwertung der deutsch-österreichischen Kronenwährung gegenüber der tschechischen ernstlich zu beforgern wäre.

Wenn es auch ganz sachgem ist, daß wir nicht vorweg den tschechischen Finanzplan einfach in allem und jedem nachmachen, so ist es unerlässlich, die Grundgedanken desselben sofort eingehend zu prüfen und darüber schlüssig zu werden, inwieweit sie richtig sind oder einer Verbesserung bedürfen. Diese Grundgedanken sind:

1. Trennung der Währung im Wege der Abstempelung der Banknoten;
2. Sicherstellung einer Vermögensabgabe durch Zurückbehaltung der Hälfte der zur Abstempelung vorzulegenden Banknoten (das Wort „Zwangsanleihe“ war verwirrend);
3. Hebung der Kaufkraft und des Auslandskurses der abgestempelten Krone durch die Verminderung der Umlaufmenge der Noten;
4. genaue Vermogenshebung;
5. gerechte Umlage einer Vermögensabgabe auf die sämtlichen Vermögenswerte, jedoch mit besonderer Belastung der während des Krieges erworbenen Vermögenswerte und Zurückstellung der Sicherstellung (vergleiche Punkt 2) an die Notenbesitzer, soweit diese nicht identisch sind mit den Eigentümern der zu belastenden Vermögenswerte;
6. Aufnahme eines Valutaanlehens zum Zwecke der Bedeckung der neuen definitiven Währung.

Zu Punkt 1: Die Abstempelung zum Zwecke der notwendig gewordenen Trennung der Währung ist in Deutsch-Österreich bereits beschlossene Sache und in Durchführung begriffen. Diese Gegenmaregel ist einwandfrei und unabweislich.

Zu Punkt 2: Die Gelegenheit, alle im Staatsgebiete im Umlauf befindlichen Banknoten anlässlich der Vorlage zur Abstempelung in Evidenz zu haben und deren derzeitige Besitzer zu kennen, ist in diesem Zeitpunkt vorhanden und kehrt vielleicht nie wieder. Es ist daher ein auerst glücklicher Gedanke, diesen Moment festzuhalten und zu benützen, um eine Sicherstellung für die künftige Vermögensabgabe zu schaffen. Unser Staatssekretär der Finanzen Dr. Steinwender meint, eine Wiederkehr dieser Gelegenheit bei dem Umtausche der abgestempelten Kronen in Mark zu finden; dies

mag um so eher zugegeben werden, da momentan die Zeit für die Vorbereitungen zu kurz ist. Juristisch ist die Sache so zu konstruieren: daß der Besitzer der alten Banknoten verhalten wird, die Hälfte der Notenmenge als Sicherstellung für die vom Eigentümer eines Vermögens zu entrichtende Vermögensabgabe zu bestellen; und daß dem Besitzer der Banknoten diese Funktion freigegeben wird, sobald der Verpflichtete die Vermögensabgabe bezahlt haben wird und soweit er nicht selbst mit dem Verpflichteten identisch ist. Es ist nicht zu leugnen, daß das Recht, von einem vielleicht unbeteiligten Dritten eine Sicherstellung zu verlangen, auf ziemlich schwankender Grundlage steht.

Zu Punkt 3: Durch die Verminderung des Banknotenumlaufes auf die Hälfte dürfte die Kaufkraft und der Auslandskurs der Krone gehoben werden, gewo wie durch die maßlose Ausgabe von Banknoten deren Kaufkraft und Auslandskurs gedrückt worden ist; ebenso soll dadurch ein Abbau der Preise, Beseitigung der Teuerung und der Preisanarchie sowie eine Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung erreicht werden. — was theoretisch nicht unbestritten ist. Insbesondere soll sich durch die Verminderung der Banknotenmenge und durch die Besserung des Auslandskurses die Möglichkeit der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zu annehmbaren Preisen sowie ein Aufleben der produktiven Arbeit ergeben, welche allein die Grundlage für einen Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft schaffen kann.

Zu Punkt 4: Genaue und vollständige Vermogensfeststellung und Umlage eines Vermogensinventars. Dieser Schritt ist unausschiebar und hat auch insbesondere den Zweck, daß während des Krieges und im Zusammenhang mit den Transaktionen anlässlich des Krieges neu erworbene Vermögen in genauer Weise festzustellen; der allgemeine Zweck dieser notwendigen Maßregel ist die Schaffung der Grundlage für die Bemessung der Vermögensabgabe.

Zu Punkt 5: Gerechte Umlage einer Vermögensabgabe. Ueber die zwingende Notwendigkeit einer ausgiebigen Vermögensabgabe kann kein Zweifel bestehen. Sie findet ihre sachliche innere Begründung darin, daß durch den Krieg und seine Nebenwirkungen, insbesondere durch die lange andauernde Unterbrechung aller produktiven Arbeit, ein erheblicher Teil des Volkvermogens vernichtet, verbraucht und zugrunde gerichtet worden ist; daß aber diese Vermögensverluste nicht alle einzelnen Staatsbürger gleichmäßig getroffen haben, daß es daher der Gerechtigkeit entspricht, diese verhaltnismige Gleichheit der Verluste und Abschreibungen durch eine Vermögensabgabe herzustellen. Sicher gehört natürlich auch die gerechte Umlage der Lasten aus der Verzinsung und Rückzahlung der Kriegsanleihen und der Schulden des Staates an die Oesterreichisch-ungarische Bank.

Mein der tschechische Finanzplan geht meines Erachtens insofern zu weit, als er die Vermögensabgabe durch eine einmalige Kapitalzahlung hereinbringen will; dazu würde die Leistungsfähigkeit unserer gesamten Kapitalkrafte nicht ausreichen, weil damit die Lahmlegung unseres Wirtschaftsbetriebes herbeigeführt würde. Auf diesen Punkt komme ich noch zurück. Nur in Ansehung der Kriegsgewinne ist die obligate Vermögensabgabe in Gestalt eines Kapitals zweckentsprechend.

Zu Punkt 6: Aufnahme eines Valutaanlehens durch den Staat zum Zwecke der Bedeckung der definitiven Valuta. Dieses in dem tschechischen Finanzplan in Aussicht genommene Mittel wäre meines Erachtens nicht zweckmäßig; denn erstens haben sich Valutaanleihen, wie die Finanzgeschichte zeigt, im allgemeinen nicht bewährt, und zweitens hat sich der Staat als der unabhangigste Stütze des Geldwesens erwiesen; es soll daher das Geldwesen dem staatlichen Einflusse möglichst entzückt werden.

Aus dem Wesen des Geldes als daß im Verkehre anerkannte Ausgleichungsmittel von Leistung und Gegenleistung und als Wertmaßstab ergibt sich das unerlässliche Erfordernis eines realen und möglichst konstanten Wertes der Geldeinheit. Dieser Eigenschaft entspricht in ziemlich vollkommener Weise die Goldwährung, in ausreichender Art aber auch eine Banknotenvahrung, die auf voller realer Deckung in Waren, Wertpapieren und andern leicht realisierbaren Wertpapieren mit kurzer Fälligkeit beruht und auf die Goldwahrungseinheit bezug nimmt. Dagegen hat eine Währung, wie sie gegenwärtig bei uns und in diesen Staaten leider besteht (Papiergeld mit Zwangskurs und bloßer Deckung durch staatliche Kriegsanleihepapiere) nur den Namen des Geldes, sie hat aber infolge der übermäßigen Emissionen nahezu jede Eignung als verlässlicher Wertmaßstab verloren. Die Verlhasslichkeit und Beständigkeit einer Währung, daß ist des Geldes als

Wertmaßstab, ist von staatlichen Einrichtungen an sich unabhängig; in der letzten Zeit hat der Oesterreichische Staat geradezu seine Macht mißbraucht und dadurch eben jene Entartung und Verwirrung unseres Geldwesens herbeigeführt, unter deren Folgen wir jetzt so schwer zu leiden haben. Der Oesterreichische Staat hat nämlich im Verordnungswege (nach § 14) die Oesterreichisch-ungarische Bank von der statutenmigen Verpflichtung, ihre Banknoten gegen Metallgeld einzulösen, befreit, und trotzdem diesen Noten den Zwangskurs verliehen, das heißt, der Staat hat dekretiert, daß jedermann gehalten ist, diese Banknoten als Zahlung zum vollen Nennwerte anzunehmen. Dazu kam dann noch die administrative Außerkraftsetzung der Statutenbestimmungen über die Lombardgeschafte.

So ist nun der überwiegende Teil der in enormen Summen ausgegebenen Banknoten nur durch staatliche Kriegsanleihepapiere bedeckt. Die erwähnte staatliche Anordnung besagt: daß Ungleiches als gleich anzusehen ist. Objektiv bleibt aber das Ungleiches in Wirklichkeit dennoch ungleich, und je größer der Mstand wird, desto wirkungsloser wird das staatliche Dekret; völlig wirkungslos bleibt es im Auslande. Da nun in diesem staatlichen Befehle, Ungleiches für gleich anzusehen, die innere Hauptursache der Berrttung unseres Geldwesens gelegen ist, so soll als Heilmittel nunmehr angewendet werden, das Geldwesen von dem als verderblich erwiesenen staatlichen Einflusse möglichst loszulösen.

Die Deckung der neuen Währung hätte nest Gold zu bestehen in Wechseln, Lagerscheinen und andern kurzfristigen Wertpapieren (mit Ausschluß von Staats-, Landes-, Gemeindefschuldschreibungen, Hypothekarpapieren und Aktien). An der Beschaffung der Deckung nehmen sämtliche Bank- und Kreditinstitute und deren Klientel teil; der Ueberweisungs- und Scheckverkehr ist auf eine breite Grundlage zu stellen. Ein wichtiger Beitrag zu den Deckungsfonds wird vom Staate durch Widmung der von den Kriegsgewinnern in Kapitalform einzubehaltenden Vermögensabgabe, und zwar auch womöglich in Edelmetallen und andern Kostbarkeiten zu leisten sein. Die landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Produktion ist in großzügiger Weise zu fördern. Der gleiche Vorgang wird sich naturgem auch im Deutschen Reiche empfehlen. Es wird sich also nicht darum handeln, irgendeine Relation zwischen unserer gegenwärtigen Kronenwährung und der gegenwärtigen deutschen Reichsmarkwahrung festzusetzen, sondern beiderseits eine neue, gleiche, gut bedeckte Währung zu schaffen, wodurch dann die Währungseinheit und Gemeinschaft von selbst eintreten wird.

Ein noch höheres Ziel wird dann vielleicht erreichbar sein: nämlich eine internationale Valutaregelung, daß ist die Einführung eines allgemein gültigen Weltgeldes, sofern es mit dem Vllerbund einmal wirklich ernst werden sollte.

Doch nun kehren wir nochmals zu dem zurück, was uns am nächsten liegt: zur Ordnung der Finanzen, und zwar Kriegsanleihe und Vermögensabgabe. Der Aufteilungsschlüssel betreffend die Anteile der einzelnen Nationalstaaten an den Lasten der Kriegsanleihe steht noch nicht fest und wird vielleicht erst durch die Friedenskonferenz oder durch ein internationales Schiedsgericht festgesetzt werden.

Um aber die Bemessung der Vermögensabgabe nicht unnötig weiter hinausschieben zu müssen, empfiehlt es sich meines Erachtens, jetzt sofort durch Beschluß der Nationalversammlung jene Quote der Kriegsanleihe provisorisch feststellen zu lassen, welche nach der Rechtsüberzeugung der Regierung jedenfalls auf Deutsch-Österreich zu entfallen hat und sohin als eine Schuld von Deutsch-Österreich anerkannt wird. Für die Verzinsung und Tilgung dieser Quote ist nun zunächst Vorsorge zu treffen; sollte die definitive Quote etwa höher sein, so wird für den Mehrbetrag eine nachträgliche Verfüllung später erforderlich werden.

Die Bedeckung für die auf Deutsch-Österreich entfallende Quote der Kriegsanleihe und der Schuld an die Oesterreichisch-ungarische Bank ist durch die Vermögensabgabe zu schaffen. Diesbezuglich ist nun mein konkreter Vorschlag folgender:

Die Vermögensabgabe wird den einzelnen nach Verhältnis ihres gesamten Vermögens in Gestalt einer Jahresrente auferlegt; der Verpflichtete hat dem Staate eine Schuldverschreibung über ein entsprechendes Kapital  raison einer 5%prozentigen Verzinsung und 1/2prozentigen Amortisation auszufertigen. Die sämtlichen Verpflichteten eines Bezirkes werden zu einer Genossenschaft vereinigt, und sämtliche Grundstücke werden mit einer Legalthypothek zugunsten dieser Schuldverschreibungen belastet. Die jährliche Schuldbiligkeit an Vermögensabgabe genießt gleichwie Realsteuern

ein gesetzliches Pfand- und Vorzugsrecht an dem gesamten Vermögen des Schuldners auch im Konkursfalle. Die Bezirksgenossenschaft fertigt unter Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung pfandbriefartige Schuldverschreibungen mit 3 Prozent Verzinsung aus. Diese Schuldverschreibungen haben die Eigenschaft und Sicherheit von Pfandbriefen. Der Staat verkauft diese 3prozentigen Pfandbriefe hrfemig an das Publikum und tauscht um den tamlichst gleichen Preis hrfemig die Kriegsanleiheobligationen zurück unter strenger Kontrolle der Staatsschuldenkontrollkommission oder der an deren Stelle tretenden parlamentarischen Kontrollorgane. Die angekauften Kriegsanleihetitres werden ordnungsmäßig vernichtet. Inwieweit die Kriegsanleihe bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank belehnt ist, werden die betreffenden Titres von der Finanzverwaltung ausgelöst, das heißt, der Erlös der Pfandbriefe (in Banknoten) wird der Oesterreichisch-ungarischen Bank bezahlt; die Bank vernichtet dann diese Noten, und die Finanzverwaltung vernichtet die ausgelösten Kriegsanleiheobligationen. Durch diesen freihändig und ohne jeden Zwang durchzuführenden Umtausch und Besitzwechsel kann voraussichtlich die ganze Kriegsanleihe in verhaltnismig kurzer Zeit getilgt werden; objektiv werden 2 Prozent der Verzinsung, also jährlich mehrere hundert Millionen Kronen, vom Staate erspart und niemand gegenüber ein Rechtsbruch begangen.